

Alpha-Dekade 2016 bis 2026: Gesundheitsorientierte und digitale Grundbildung gehören jetzt in den Fokus

Geringe Literalität ist in Deutschland weiterhin stark verbreitet. Zu diesem Ergebnis kommt die neueste Grundbildungsstudie „Leo: Leben mit geringer Literalität“. Demnach können aktuell 6,2 Millionen Menschen im Alter zwischen 18 bis 65 Jahren nicht richtig lesen oder schreiben. Personen über 45 Jahre machen dabei die größte Gruppe der gering literalisierten Erwachsenen aus. Aber auch Jüngere, zum Beispiel die 18- bis 25-Jährigen, stellen mit rund 750.000 Personen einen erheblichen Anteil an funktionalen Analphabet*innen in Deutschland. Von den 6,2 Millionen gering literalisierten Erwachsenen in Deutschland sprechen 52,6 Prozent die Erstsprache Deutsch, 47,4 Prozent haben eine andere Herkunftssprache. Die Zahlen machen deutlich, dass nach wie vor viel Arbeit vor uns liegt, wenn es darum geht, eingeschränkter Literalität in Deutschland entgegenzuwirken. Trotzdem sind auch positive Trends zu beobachten. So ist die Zahl derjenigen, die nicht richtig lesen oder schreiben können, im Vergleich zu 2010 um 1,3 Millionen Menschen gesunken. Auch führen viele Personen mit geringen Grundkompetenzen kein alleiniges Schattendasein. Viele von ihnen haben einen Schulabschluss (76 Prozent) und gehen einer Berufstätigkeit nach (62,3 Prozent). Die Mehrheit ist verheiratet (54,2 Prozent) oder lebt mit einem/r Partner/in im gemeinsamen Haushalt (60,6 Prozent) und hat statistisch gesehen genauso viele Kinder wie die Gesamtbevölkerung.

Negative Trends können bei der Erwerbssituation von funktionalen Analphabet*innen beobachtet werden. Die meisten von ihnen gehen Hilfstätigkeiten nach, die vom strukturellen Wandel der Wirtschaft besonders betroffen sein werden. Und nach wie vor gibt es Herausforderungen, wenn es darum geht, gering literalisierte Erwachsene von Grundbildungsangeboten zu überzeugen. Die meisten entscheiden sich erst dazu, wenn es die berufliche oder familiäre Situation unbedingt erforderlich macht. Eine kontinuierliche und niedrigschwellige Ansprache ist daher unabdingbar und muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden. Hier setzt die Alpha-Dekade 2016 bis 2026 an.

Die Alpha-Dekade 2016 bis 2026 ist ein Meilenstein im Kampf gegen geringe Literalität und eine große Errungenschaft für den kontinuierlichen Ausbau von Grundbildungsangeboten in der Bundesrepublik. Die Alpha-Dekade ging aus der „Nationalen Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung“ hervor. Die Ausgestaltung der Dekade wurde 2015 von einem gemeinsamen Antrag der damaligen Koalitionsfraktionen begleitet (Drs.-Nr. 18/5090), den die SPD-Bundestagsfraktion maßgeblich vorangetrieben hat.

Die Alpha-Dekade ist einzigartig innerhalb der Europäischen Union und zeigt die Ambitionen der Bundesregierung, der Länder sowie der mittlerweile 17 Dekade-Partner die fünf Hauptziele umzusetzen, um damit die Kompetenzen funktionaler Analphabet*innen zu erweitern. Gemeinsam wollen sie dafür

1. Lernangebote deutschlandweit zugänglich machen,
2. die Lehrenden verstärkt in den Blick nehmen und professionalisieren,
3. die vorhandenen Strukturen im Bereich der Grundbildung ausbauen und weiterentwickeln,
4. die Alphabetisierungsforschung fördern sowie
5. Öffentlichkeitsarbeit durchführen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im Herbst 2019 einen ersten Bericht über den Umsetzungsstand der Alpha-Dekade vorgelegt und damit eine Übersicht über die Aktivitäten der Bundesregierung und die bislang geförderten Projekte gegeben (Drs.-Nr. 19/14880). Die Länder haben ebenfalls einen Bericht über ihre Fortschritte dargelegt.

Der Alpha-Dekade stehen für die Realisierung ihrer Programminhalte 180 Millionen Euro zur Verfügung. Rund 123 Millionen Euro davon sind bis Mitte 2020 in Projektmittel geflossen. Mehrfach ist es der SPD-Bundestagsfraktion in den Haushaltsberatungen gelungen, für Projekte zusätzliche Mittel bereitzustellen. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen und auch für die Zukunft die Mittel des Bundes ausweiten. Angesichts von 6,2 Millionen Betroffenen sind aber Bund, Länder und Kommunen gemeinsam aufgefordert, die finanziellen Mittel für einen Ausbau der ersten Erfolge schrittweise deutlich zu erhöhen.

Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung begrüßt den gemeinsamen Kraftakt der Dekade-Partner, denn er zeigt, dass die Alphabetisierung uns alle angeht. Die Ziele des Grundsatzprogramms und des angegliederten Arbeitsprogrammes der Alpha-Dekade liefern viele wertvolle und wichtige Impulse, die es tatkräftig zu unterstützen gilt.

Im Bericht über den Umsetzungsstand der Alpha-Dekade steht die arbeitsplatzorientierte und die lebensweltorientierte Grundbildung im besonderen Fokus. Hier wurden die meisten Forschungs- und Entwicklungsprojekte durchgeführt. Der SPD-Bundestagsfraktion war es immer besonders wichtig, dass Programme entwickelt werden, die die gesamte Familie in den Blick nehmen, und die mit ihren Inhalten dort wirken, wo Zielgruppen anzutreffen sind. Ausgehend von der andauernden Corona-Pandemie muss deshalb nun auch die gesundheitsorientierte Grundbildung in den Fokus rücken. Denn gerade mangelnde Kompetenzen können auch im Gesundheitsbereich zu großen Risiken führen. Diese gilt es abzufedern.

Gleichzeitig bleibt abzuwarten, wie sich die Pandemie auf Beratungs- und Unterstützungsangebote selbst auswirkt. Einerseits arbeiten viele Honorarkräfte als Lehrende für Alphabetisierungskurse, deren Arbeitsgrundlage mit den Schließungen der Bildungsträger plötzlich weggebrochen ist. Andererseits muss beobachtet werden, wie sich das Weiterbildungsverhalten von Personen mit geringer Literalität nach der Corona-Pandemie entwickelt. Um die Nachfrage an Grundbildungsangeboten weiter zu erhöhen, sollten vermehrt auch inklusive digitale Angebote geschaffen werden, damit Zugänge erleichtert und weiter geöffnet werden können.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, in den kommenden Monaten und Jahren die Arbeit der Alpha-Dekade weiterzuentwickeln.

Wir setzen uns dabei für folgende Ziele ein:

1. Zusätzlich zu den Projektschwerpunkten der arbeitsplatzorientierten und lebensweltorientierten Grundbildung muss im Rahmen der Dekade eine Fokussierung auf die gesundheitsorientierte Grundbildung gelegt werden. Viele Rezepte, Diagnostika oder schriftliche Informationen zu Krankheiten oder zur Pflege von Angehörigen sind für Personen mit geringer Literalität häufig nicht verständlich - und das nicht nur während der Corona-Pandemie. Dazu gehören beispielsweise auch die Packungsbeilagen von Arzneimitteln. Diese müssen barrierefrei und in einfacher Sprache verfasst sein.
2. Digitales Lernen muss im Grundbildungs- und Alphabetisierungsbereich ausgebaut werden. Die Erfahrungen während der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass es einen deutlich verstärkten Zugriff auf Lernangebote über digitale Lernplattformen, wie z.B. <https://www.vhs-lernportal.de>, gegeben hat. Hier liegen Potentiale, an die - unabhängig von der Pandemie - anzuknüpfen ist. Auch wegen der Niedrigschwelligkeit des Zugangs müssen digitale Kursangebote weiterentwickelt und geräteübergreifend zugänglich gemacht werden. Digitale Kursangebote sollten dabei möglichst

kostenfrei sein und das erfolgreiche Absolvieren durch Zertifikate und ggf. durch digitale Badges nachweisbar gemacht werden.

3. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert im Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus den fakultativen Sonderschwerpunkt „Förderung der Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen“. Die rund 540 Mehrgenerationenhäuser sind deutschlandweit bestens bekannt und eignen sich durch ihre niedrigschwelligen Angebote besonders gut für die Ansprache von gering literalisierten Personen. Das Bundesprogramm erhält ab 2021 eine neue Förderrichtlinie. Der fakultative Sonderschwerpunkt des BMBF muss sich auch darin niederschlagen. Da erst rund ein Drittel der Mehrgenerationenhäuser den Schwerpunkt anbietet, fordern wir eine Verdreifachung der Gelder für den Sonderschwerpunkt. Hier muss unter anderem die Bewerbung für die Angebote der Mehrgenerationenhäuser ausgebaut sowie die Sensibilisierung von Ehrenamtlichen und deren Qualifizierung als Unterstützer*innen und Lernbegleiter*innen vertieft werden.
4. Personen mit geringen Grundkompetenzen sind grundsätzlich vom Wandel der Arbeitswelt besonders betroffen, weil ihnen Umstellungen und Innovationen besonders viel abverlangen. Sie üben häufig Hilfstätigkeiten aus, die unter Rationalisierungsdruck stehen und keine dauerhaft sicheren Arbeitsverhältnisse begründen. In der Allianz für Aus- und Weiterbildung muss die Literalisierung und Erhöhung der allgemeinen Grundbildung sowie die Einführung in digitale Anwendungen und Kompetenzausbildung für die digitale Welt gezielt und nachhaltig behandelt werden, um die Sozialpartner*innen kontinuierlich mit diesen Problemen zu befassen. Es ist zu begrüßen, dass sich auch zunehmend die Organisationen und Verbände der Wirtschaft sowie die Unternehmen mit diesem Anliegen identifizieren und hieran konzentriert und konkret mitwirken.
5. In der Nationalen Weiterbildungsstrategie bekennen sich der Bund und die Länder gemeinsam mit den Sozialpartner*innen, Angebote der arbeitsplatzbezogenen Grundbildung zu fördern. Dieses Vorhaben unterstützen wir und setzen uns gleichzeitig dafür ein, bewährte Mentoring- und Sensibilisierungs-Programme verstärkt zu unterstützen, denn wir wissen, dass die kontinuierliche Ansprache und Begleitung von gering literalisierten Personen ein wichtiger Schritt für deren Weiterbildungsbereitschaft ist.
6. Menschen, die als Zuwander*innen nach Deutschland kommen, haben teilweise gar keine oder nur eine unzureichende Grundbildung und Literalität. Die Angebote der Alphabetisierungskurse im System der Integrationskurse und der Sprachförderung sind deshalb unbedingt zu erhalten und qualitativ weiter auszugestalten. Hierzu gehören die Professionalisierung und Diversifizierung des Lehrpersonals - besonders hinsichtlich sprachlicher und kultureller Kompetenzen - genauso wie die Verbesserung der Lernbedingungen.
7. Bundesweite Informationskampagnen können das Thema Alphabetisierung weiter enttabuisieren. Informationskampagnen müssen Mitwisser*innen sowie Zielgruppen fortwährend ansprechen. Digitale Angebote wie „iChance“ sind ein Anfang, müssen aber kontinuierlich weiterentwickelt werden. Social-Media-Kampagnen sind ein geeignetes Instrument für die Ansprache, denn die Inklusivität kann hier mit Bild und Video besser erreicht werden. Crossmediale Angebote sollen erstellt und ausgebaut sowie die digitale Kommunikation mit bestehenden Qualifizierungs- und Branchenmessen verknüpft werden. Direkte sprachgeführte telefonische Dialog-Angebote müssen zudem finanziell dauerhaft und umfassend gestützt werden.
8. Die politische Bildung muss bei allen Grundbildungsangeboten mitgedacht werden, denn sie fördert das Interesse am gesellschaftlichen und politischen Umfeld, das Verstehen von Demokratie und die Chancen auf Teilhabe am sozialen und öffentlichen Leben. Entsprechende Angebote sind zu entwickeln und zu unterstützen.

9. Volkshochschulen erfüllen einen wichtigen Auftrag bei der Erbringung von Alphabetisierungsangeboten und tragen diese in die Fläche. Trotz der guten Strukturen sind Alphabetisierungsangebote für Erwachsene nicht überall zu finden, da häufig die Mindestteilnehmendenzahl nicht erreicht wird. Gleichzeitig sind Personen mit geringer Literalität weniger mobil als die Gesamtbevölkerung. Sie können damit seltener auf Ersatzangebote an einem anderen Ort ausweichen. Die Digitalisierung mit inklusiven Beiträgen über Bild und Ton kann hier neue Chancen eröffnen. Die Länder sollen aber auch Alphabetisierungsangebote jenseits von Mindestteilnehmendenzahlen vorhalten. Zudem soll geprüft werden, wo zusätzliche Alphabetisierungsangebote sinnvoll angeboten werden können, um ein möglichst niedrigschwelliges Angebot flächendeckend bereitzustellen. Die Einrichtung von offenen Angeboten und Lerncafés in Weiterbildungseinrichtungen sollte neben der Förderung des Regelkursangebotes verstärkt umgesetzt werden.
10. Die Anstrengungen der Bildungspolitik müssen auf allen Ebenen dafür verstärkt werden, die Zahl der Schulabgänger*innen ohne einen ersten Schulabschluss deutlich zu senken. Dieses leider wieder anwachsende Problem muss Gegenstand intensiver wissenschaftlicher Erforschung, von Frühdiagnostik, intensiver pädagogischen Unterstützung, Schulevaluation und Schulberatung wie Ansprache der Eltern werden. Denn aus einer Schullaufbahn ohne Abschluss und damit verbundenen Problemen in eine Ausbildung einzutreten, kann sich sehr schnell ein weiterer Verlust an Literalität aufbauen.
11. Die Fähigkeit, richtig lesen und schreiben zu können, gehört nicht nur zur Grundbildung, sondern ist auch für den beruflichen Werdegang ein entscheidender Erfolgsfaktor. Die Bundesagentur für Arbeit fördert Grundbildungsangebote für Arbeitssuchende bislang nur im Rahmen der beruflichen Verwertbarkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vermittlung und Finanzierung von Grundkompetenzen durch die Bundesagentur für Arbeit darüber hinaus zum Zweck des Beschäftigungserhalts ausgebaut wird. Gleichzeitig müssen die Jobcenter einen niedrigschwelligen Zugang zu Beratungsangeboten für Arbeitgeber*innen und gering literalisierte Personen vorhalten sowie einen Beschäftigungszugang für diesen Personenkreis durch Förderangebote der Grundbildung sicherstellen. Dieser sollte aus Steuermitteln finanziert werden.
12. Finanzielle Hürden dürfen das Alphabetisierungsverhalten nicht negativ beeinflussen. Bundesprogramme wie die 2020 auslaufende Bildungsprämie können zwar für Alphabetisierungsmaßnahmen genutzt werden, es bleiben aber immer selbst zu tragende Kostenanteile übrig. Daher muss ein neues Programm aufgebaut werden mit dem Ziel, die Kosten für Teilnehmende von Alphabetisierungs- und Grundbildungskursen zu 100 Prozent zu bezuschussen.
13. Kinder müssen verstärkt in den Blick genommen werden, auch wenn unsere Grundschulen originär für die Grundbildung zuständig sind. Für die Entwicklung der Kinder ist die (Vor-)Lesezeit von enormer Relevanz, denn sie beugt spätere geringe Literalität gezielt vor. Das belegt eine Studie der Stiftung Lesen. Daher müssen erfolgreiche Programme zur frühen Sprach- und Leseförderung für Familien mit Kindern im Kindergarten- und Vorschulalter vermehrt gefördert werden. Eine sehr frühe Form der Weitergabe von Informationen zur Lese- und Sprachförderung könnte beispielsweise nicht nur durch Ärzte, sondern auch durch Hebammen erfolgen, die gerade im ersten Lebensjahr vielfach in engem Kontakt zu Eltern und Geschwistern stehen.
14. Die Forschung zum Entstehen von fehlender Literalität und Grundbildung ist zu intensivieren. Dabei sollen auch die Potentiale der Digitalisierung berücksichtigt werden, denn dadurch können neue Lernmethoden entstehen. Der Austausch über die Erfahrungen in anderen vergleichbaren Ländern, die besondere Erfolge in ihrer Erhöhung von Grundbildung und Literalität erreicht haben, ist regelmäßig in Europa zu organisieren.

15. Grundbildung muss zu einem zentralen Thema bei der Entwicklung des Bildungsraums Europa 2025 gemacht werden. Die Bundesrepublik Deutschland soll auf europäischer Ebene darauf hinwirken, dass die Förderung der Literalität europaweit mit Mitteln der Europäischen Union gefördert wird. Hierbei sind insbesondere grenzüberschreitende Projekte zu berücksichtigen. Auch sind seitens der Bundesrepublik Deutschland gemeinsame Projekte mit anderen europäischen Ländern zur Sprachförderung zu initiieren und mit entsprechenden Mitteln zu fördern.
16. Im Nationalen Bildungsbericht, der alle zwei Jahre von Bund und Ländern gemeinsam vorgelegt wird und die Bildungsentwicklung in Deutschland behandelt, ist das Problem der fehlenden Grundbildung und geringen Literalität ausreichend darzustellen und in seiner Entwicklung zu dokumentieren.
17. Der Kampf gegen eingeschränkte Literalität kennt keine zeitliche Begrenzung. Wir setzen uns grundsätzlich für eine dauerhafte Förderung von Grundbildungsangeboten sowie von der Grundbildungsforschung ein - auch nach 2026. Denn vorhandene Strukturen müssen dauerhaft gestützt und finanziert werden und weiterhin für den Transfer von bewährten und neuen Projektideen- und angeboten zur Verfügung stehen.